

**A N F R A G E** von Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Markus Späth (SP, Feuerthalen) und Michèle Dünki (SP, Glattfelden)

betreffend Unterstützung der Klimastreiks in Zürich

---

Mit ihrem Klimastreik vor dem Parlament und ihrer Rede am Klimagipfel hat die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg viele Schülerinnen und Schüler inspiriert. Von Schweden über die Schweiz bis Australien streiken Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz und ihre Zukunft. Sie fordern die Politik auf, sich konsequenter für den Klimaschutz einzusetzen. Mit ihren Aktionen wollen sie maximale Aufmerksamkeit auf das Klimathema lenken. Auch in Zürich sind am 14. und am 22. Dezember junge Menschen in den Klimastreik getreten. Über 1000 Schülerinnen und Schüler sind dem Unterricht ferngeblieben, um sich für mehr Klimaschutz in der Politik einzusetzen. Beteiligt haben sich auch Schülerinnen und Schüler von verschiedenen Zürcher Kantonsschulen.

Einige mussten Sanktionen in Kauf nehmen wie Nachsitzen, Strafarbeiten oder sogar Verweise. Im Hinblick auf die Tatsache, dass es sich bei der Abwesenheit um einen politischen Protest handelte, bei dem sich die betroffenen Schülerinnen und Schüler für ihr Recht auf eine Zukunft einsetzten, stellen sich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie steht der Regierungsrat zu den Forderungen der streikenden Schülerinnen und Schüler?
2. Wie gross war die Beteiligung am Klimastreik im Kanton Zürich? Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch die Schulleitungen diszipliniert?
3. Art. 39 der Kantonsverfassung verpflichtet den Kanton zur Unterstützung des politischen Engagements und explizit zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft: Wie lassen sich Sanktionen gegen friedliche politische Aktionen von jungen Menschen mit diesem Verfassungsauftrag vereinbaren?
4. Ist die Bildungsdirektion bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Teilnahme an den kommenden Aktionen für die Beteiligten ohne nachteilige Folgen bleibt? Wenn nein, warum nicht?
5. Sieht der Regierungsrat aufgrund der Forderungen der Schülerinnen und Schüler zusätzlichen Handlungsbedarf in seiner Klimapolitik?

Hannah Pfalzgraf  
Markus Späth  
Michèle Dünki